

Stand: 06.06.2026 11:25:04

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16336

"Vogelgrippe und die Auswirkungen auf die Rassegeflügelzüchter"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/16336 vom 06.04.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/17420 des UV vom 22.06.2017
3. Beschluss des Plenums 17/17920 vom 19.07.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 109 vom 19.07.2017



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld, Herbert Woerlein, Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Vogelgrippe und die Auswirkungen auf die Rassegeflügelzüchter

Der Landtag wolle beschließen:

Auch nach Aufhebung der Aufstallungspflicht, ist für die Rassegeflügelzucht das Problem mit der Vogelgrippe nicht gelöst. Die nächste Vogelgrippe kommt bestimmt. Die Maßnahmen zur Eindämmung der Vogelgrippe zerstören Zuchten, schaden den Tieren extrem, laufen mit dem Tierschutz nicht konform und sind eine Existenzbedrohung für viele Geflügel- und Kleintierzuchtvereine in Bayern. Alte vom Aussterben bedrohte Geflügelrassen verschwinden endgültig. Ein weiteres Vogelgrippezenario, wie in diesem und letztem Jahr, werden viele Geflügel- und Kleintierzuchtvereine nicht überstehen.

Um die schwierige Lage der Hobbygeflügelzüchter und der vielen Geflügel- und Kleintierzuchtvereine in Bayern zu verbessern, wird die Staatsregierung aufgefordert,

- wie in anderen Bundesländern praktiziert, künftig im Falle einer Vogelgrippe von einer landesweiten Stallpflicht mit Ausstellungs- und Marktverbot für Hobbygeflügelzüchter abzusehen und dies auf tatsächliche Risikogebiete bzw. Sperrgebiete zu begrenzen (Abkopplung der Hobbygeflügelzucht von der kommerziellen Geflügelzucht und -haltung),
- gegenüber dem Bund auf notwendige Änderungen in der Geflügelpestverordnung (z.B. in § 13 Haltung von Geflügel im Hinblick auf Stallpflicht, Schutzvorrichtung, Risikobewertung, in § 20 Schutzmaßnahmen in besonderen Einrichtungen im Hinblick auf eine Gleichstellung der Hobbyzüchter mit zoologischen Gärten, Zirkusse etc.) zu drängen, die Hobbygeflügelzüchtern und den Geflügel- und Kleintierzuchtvereinen außerhalb von Risikogebie-

ten bzw. Sperrbezirken es ermöglicht, ihrem Hobby weiter nachzugehen,

- Sicherstellung von mehr und aktuelleren Informationen und einer verbesserten Kommunikation im Fall eines Ausbruchs einer Vogelgrippe durch das zuständige Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz für und mit den Betroffenen,
- Haushaltsmittel für ein Forschungsprogramm in Bayern einzustellen, das die wahre Herkunft der Vogelgrippe (weit über die Theorie hinaus, dass der Wildvogel allein an der Vogelgrippe schuld ist), die tatsächlichen Ursachen, die tatsächlichen Übertragungswege, die tatsächlichen Folgen und die tatsächlich notwendigen Maßnahmen zur Abwendung bzw. Eindämmung der Vogelgrippe erforscht.

Begründung:

Eine Rassegeflügelzucht, das heißt die Erhaltung der alten Geflügelrassen, ist im Gegensatz zu den Wirtschaftsrassen nur in einer extensiven Haltung möglich. Während der landesweiten Aufstallungspflicht haben die Hobbyzüchter in Bayern viele Zuchttiere und ganze Zuchten aus Erhaltungszuchten verloren. Sie haben die Tiere nicht durch die hochpathogene Influenza (Vogelgrippe) verloren, sondern vor allem durch die landesweite Stallpflicht! Gerade die Groß-, Zier- und Wassergeflügelzüchter waren besonders betroffen.

Fast alle Züchter konnten ihre Tiere nicht in den Ställen unterbringen. So mussten die Züchter bis zu 50 Prozent der Tiere töten. Viele davon stehen auf der Roten Liste der bedrohten Nutztierassen. Da viele Arten und Rassen unter Stallbedingungen nicht über einen längeren Zeitraum gehalten werden können, verenden zusätzlich nochmals viele Tiere. Je länger die Stallpflicht andauert, desto größer wird das Leid der Tiere. Viele Halter sehen sich aus Tierschutzgründen gezwungen, weitere Tiere zu töten. Dies alles hat auch enorme Auswirkungen auf die vielen Geflügel- und Kleintierzuchtvereine. Viele Hobbyzüchter sowie Funktionäre in den vielen Geflügel- und Kleintierzuchtvereinen in Bayern sprechen von einer „staatlich angeordneten Vereinsvernichtung“.

Die Schere zwischen den modernen Wirtschaftsrassen und den alten Geflügelrassen hat sich nicht nur im Hinblick auf die Lege- und Fleischhaltung weit geöffnet, sondern genauso weit beim Verhalten und

Temperament der Tiere. Das Zuchtziel der Wirtschaftsrassen war eine Verhaltensänderung, damit die Tiere im Stall auf engem Raum gehalten werden können. Besonders viele alte Geflügelrassen stehen im Gegensatz zum Wirtschaftsgeflügel den Wildformen sehr nahe. So sind z.B. Rankämpfe viel ausgeprägter. In den Ställen gibt es keine Ausweichmöglichkeiten. Hinzu kommt, dass das Rassegeflügel nur die Freilandhaltung kennt. Diese Faktoren bedeuten für eingestalltes Rassegeflügel einen großen Stress und führen zu einer Immunsuppression. Das ist keine artgerechte Haltung und hat mit Tierschutz nichts mehr zu tun. Selbst bei einer peinlichen Hygiene kommt es bei der Stallpflicht zu einer Konzentration der Erreger, was gemeinsam mit der Immunsuppression zu häufigen Todesfällen führt.

Eine Stallpflicht im Frühjahr, wie in diesem Jahr, ist für die Rasse- und Ziergeflügelzüchter besonders dramatisch, da eine Nachzucht unter Stallbedingungen bei sehr vielen Rassen und Arten nicht möglich ist. Und zu berücksichtigen ist dies vor dem Hintergrund, dass nachweislich die meisten Ausbrüche von hochpathogener Influenza (Vogelgrippe) in den letzten Wochen und Monaten in den geschlossenen Systemen des Wirtschaftsgeflügels stattgefunden haben. Das zeigt, dass eine Stallpflicht nicht den Schutz bietet, den sie vorgibt.

Eine landesweite Aufstallungspflicht und das damit verbundene Ausstellungs- und Marktverbot hat darüber hinaus viele Rassegeflügelzuchtvereine in finanzielle Bedrängnis gebracht. Selbst lokale Schauen in Nicht-Risikogebieten wurden untersagt. Das hatte enorme finanzielle Verluste für die Vereine zur Folge. Damit einher geht auch, dass die Motivation vieler Mitglieder in den Vereinen und der Hobbygeflügelzüchter immer mehr verloren geht. Damit wiederum stehen nicht nur die alten Geflügelrassen, sondern

auch viele Vereine vor dem Aus. Hobbygeflügelzüchter und Vereinsmitglieder sind demoralisiert und demotiviert. Sie sprechen auf Grund des Vorgehens, der mangelnden Information, der mangelnden Kommunikation durch das zuständige Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz von „staatlicher Wegrationalisierung der Geflügelzuchtvereine in Bayern“. Die Aufstallungspflicht soll künftig analog zu anderen Bundesländern (z.B. Thüringen) nur für tatsächliche Risikogebiete bzw. Sperrbezirke gelten. Ausstellungs- und Marktverbote sollen künftig bei Ausbruch der Vogelgrippe nur auf die tatsächlichen Risikogebiete bzw. Sperrbezirke begrenzt werden. Gemäß den Empfehlungen des Friedrich-Loeffler-Instituts ist eine Konzentration der Stallpflicht auf Risikogebiete (Gebiete mit hoher Wasserdichte, in der Nähe von Wildvogelrast- und Wildvogelsammelstellen etc.) möglich, was künftig anzuwenden ist.

Es bedarf unbedingt einer Änderung der Geflügelpestverordnung, die klar zwischen gewerbsmäßigen Geflügelzüchtern und -haltern auf der einen Seite und den Hobbyzüchtern und Privatpersonen unterscheidet.

Nachdem nach wie vor nicht zu 100 Prozent der wissenschaftliche Nachweis erbracht wurde, dass die Vogelgrippe tatsächlich ausschließlich von Wildvögeln ausgeht und es hier nach wie vor auch im wissenschaftlichen Bereich viele Zweifel und Widersprüche gibt, sollen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden, um ein Forschungsprogramm in Bayern mit dem Ziel auflegen zu können, Klarheit über die tatsächlichen Ursachen, die tatsächlichen Übertragungswege, die tatsächlichen Folgen und auch die tatsächlichen Lösungsmöglichkeiten zur Abwendung bzw. Eindämmung der Vogelgrippe erforschen und damit seriös klären zu können.



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt und
Verbraucherschutz**

**Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
Susann Biedefeld, Herbert Woerlein u.a. und
Fraktion (SPD)**
Drs. 17/16336

**Vogelgrippe und die Auswirkungen auf die Ras-
segeflügelzüchter**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Herbert Woerlein**
Mitberichterstatter: **Alexander Flierl**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 68. Sitzung am 27. April 2017 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 59. Sitzung am 16. Mai 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 160. Sitzung am 22. Juni 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Dr. Christian Magerl
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld, Herbert Woerlein, Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/16336, 17/17420

Vogelgrippe und die Auswirkungen auf die Rassegeflügelzüchter

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Susann Biedefeld

Abg. Alexander Flierl

Abg. Nikolaus Kraus

Abg. Gisela Sengl

Abg. Jürgen W. Heike

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 16** auf:

Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld, Herbert Woerlein u. a. und Fraktion (SPD)

Vogelgrippe und die Auswirkungen auf die Rassegeflügelzüchter (Drs. 17/16336)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Biedefeld. Bitte schön, Frau Biedefeld.

Susann Biedefeld (SPD): Frau Vizepräsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Manche Kolleginnen und Kollegen werden sich fragen: Muss das jetzt auch noch sein, in den letzten Stunden vor der Sommerpause das Thema der Vogelgrippe und ihre Auswirkungen auf die Rassegeflügelzüchter aufzugreifen?

(Zuruf: Ja!)

– Das "Ja!" wird hoffentlich im Protokoll vermerkt; denn ich werde das Protokoll an viele Betroffene verschicken. – Es geht um Zigtausende von Mitgliedern in den Geflügelzuchtvereinen und Kleintierzuchtvereinen, die enorm unter der Vogelgrippe gelitten haben. Die Vogelgrippe liegt zunächst einmal hinter uns. Hoffentlich bleiben wir noch lange von ihr verschont. Die Aufstallungspflicht ist aufgehoben, aber nach der Vogelgrippe ist für die bayerische Rassegeflügelzucht mit ihren Zigtausenden von Mitgliedern das Problem mit der Vogelgrippe noch nicht gelöst.

Wir haben Ereignisse in den Jahren 2006, 2007, 2009, 2011, 2015 und letztmalig Ende 2016 und Anfang 2017 gehabt. Der Bezirksvorsitzende des Rassegeflügelzuchtverbandes Oberfranken, Herr Andreas Vogel, stellte im April 2017 fest – auch Herr Kollege Heike war bei der Bezirkskonferenz anwesend –: Sollte die bayernweite Stallpflicht noch öfter angeordnet werden, dann gibt es keine Zukunft mehr für die Rasse-

geflügelzucht, und sie kann begraben werden. – Er sagte: Das Vereinsleben wird mit der landesweiten Stallpflicht regelrecht abgewürgt.

Eine Rassegeflügelzucht, das heißt die Erhaltung der alten Geflügelrassen, ist im Gegensatz zur Zucht der Wirtschaftsrassen nur in einer extensiven Haltung möglich. Das gilt es hier zu berücksichtigen. Während der landesweiten Aufstallungspflicht haben die Hobbyzüchter in Bayern viele Zuchttiere und ganze Erhaltungszuchten verloren. Sie haben die Tiere nicht durch die hoch pathogene Influenza, die Vogelgrippe, verloren, sondern vor allem durch die landesweite Stallpflicht. Gerade die Groß-, Zier- und Wassergeflügelzüchter waren besonders betroffen. Fast alle Züchter konnten ihre Tiere nicht in den Ställen unterbringen, weil sie auf so etwas nicht vorbereitet sind und derart große Ställe gar nicht haben.

So mussten die Züchter bis zu 50 % der Tiere töten. Das ist eine Aussage des Landesverbandes. Viele davon – ich sage auch: das trägt dem Tierschutz nicht Rechnung – stehen auf der Roten Liste der bedrohten Nutzierrassen. Da viele Arten und Rassen unter Stallbedingungen nicht über einen längeren Zeitraum gehalten werden können, verenden zusätzlich viele Tiere. Das heißt ganz klar: Je länger die Stallpflicht andauert, desto größer wird das Leid der Tiere. Viele Halter sehen sich aus Tierschutzgründen gezwungen, weitere Tiere zu töten. Dies alles hat enorme Auswirkungen auf die vielen Geflügel- und Kleintierzuchtvereine auch bei uns in Bayern.

Viele Hobbyzüchter sowie Funktionäre in den vielen Geflügel- und Kleintierzuchtvereinen in Bayern sprechen von einer staatlich angeordneten Vereinsvernichtung und haben dabei die landesweite Stallpflicht vor Augen. Die landesweite Aufstallungspflicht und das damit verbundene Ausstellungs- und Marktverbot haben darüber hinaus viele Rassegeflügelzuchtvereine in finanzielle Bedrängnis gebracht. Das kommt noch hinzu.

Selbst lokale Schauen in Nichtrisikogebieten wurden untersagt. Das hatte enorme finanzielle Verluste für die Vereine zur Folge. Damit einher geht auch, dass die Motiva-

tion vieler Mitglieder in den Vereinen und vieler Hobbygeflügelzüchter immer mehr verloren geht. Es geht auch hier um ehrenamtliches Engagement.

Damit wiederum stehen nicht nur die alten Geflügelrassen, sondern auch viele Vereine vor dem Aus. In Oberfranken haben wir bei der Bezirkskonferenz ganz konkret die Zahlen vor Augen geführt bekommen. Auch Sie, Herr Kollege Heike, haben mitbekommen, dass dadurch ein Sterben des Vereinslebens stattgefunden hat und sich ein weiteres Sterben abzeichnet. Hobbygeflügelzüchter und Vereinsmitglieder sind demoralisiert und demotiviert. Die Maßnahmen zur Eindämmung der Vogelgrippe zerstören Zuchten, schaden den Tieren extrem, gehen mit dem Tierschutz nicht konform und sind eine Existenzbedrohung für Vereine in Bayern. Alte, vom Aussterben bedrohte Geflügelrassen verschwinden endgültig.

Wir, die SPD, haben einen Katalog mit vier klaren Forderungen aufgestellt. Erstens. Wir wollen, dass keine landesweite Aufstallungspflicht mehr angeordnet wird. Nach dem Friedrich-Loeffler-Institut, einem sehr renommierten Institut, ist dies möglich. Auch die Geflügelpest-Verordnung lässt dies zu. Die Aufstallungspflicht soll auf Risiko- und Sperrgebiete beschränkt werden. Dies betrifft die lokalen Schauen und die Haltung der Geflügeltiere und der Tiere insgesamt. Wir fordern eine klare Begrenzung auf Risiko- und Sperrbezirke.

Zweitens. Die Staatsregierung soll auf Bundesebene tätig werden. Die Geflügelpest-Verordnung muss geändert werden. Hier muss man ran. Unser Antrag enthält konkrete Beispiele, wo dies möglich ist.

Drittens. Wir fordern eine bessere und aktuellere Information und eine bessere Kommunikation. Ihre Behauptung, dass die derzeitige Praxis ausreichend sei, weise ich zurück. Gehen Sie nur einmal auf die Homepage des Landesverbandes und der einzelnen Bezirksverbände. Hier können Sie eindeutig Kritik an der Informationspolitik lesen.

Viertens. Wir fordern Haushaltsmittel für ein Forschungsprogramm in Bayern. Wir wollen damit die wahre Herkunft der Vogelgrippe, die tatsächlichen Ursachen, die tatsächlichen Übertragungswege, die tatsächlichen Folgen und die tatsächlich notwendigen Maßnahmen zur Abwendung bzw. Eindämmung der Vogelgrippe erforscht wissen.

(Beifall des Abgeordneten Herbert Woerlein (SPD))

Unter den Wissenschaftlern gibt es hier viele, viele Zweifel. Es ist nicht zu 100 % klar gestellt, dass die Ursache von den Wildvögeln ausgeht.

In diesem Sinne bitte ich Sie um Zustimmung. Helfen Sie den Geflügelzüchtern und den Vereinen in Bayern, damit sie ihrem Hobby nachgehen können und einen Beitrag leisten, Rassen zu erhalten. Das ist unser Anliegen. Wir bitten um Zustimmung.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Biedefeld. – Der nächste Redner ist der Kollege Alexander Flierl. Bitte schön.

Alexander Flierl (CSU): Frau Vizepräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle – ich glaube, das kann ich auch für die CSU-Fraktion mitteilen – wissen, was wir an unseren Rassegeflügelzüchtern haben. Wir wissen auch, was wir an unseren Kleintierzüchtern und den Kleintierzuchtvereinen haben. Diese leisten in vielen Bereichen wie der Jugendarbeit und gerade auch im Tier- und Artenschutz wertvolle Arbeit. Wir, die CSU, haben hier eindeutig keine Nachhilfe von Ihnen nötig.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Nachdem das oftmals ehrenamtliche Engagement der Kleintierzüchter so wichtig ist, verdienen sie auch einen offenen und ehrlichen Umgang. Ihnen ist nicht mit Anträgen geholfen, die falsche Erwartungen dahingehend wecken, dass die Probleme im Zusammenhang mit der Geflügelpest einfach mit einem Federstrich zu lösen sei. Wir, die CSU-Fraktion, sind uns durchaus bewusst, dass gerade die Rassegeflügelzüchter

durch die monatelange bayernweite Aufstallung vor große Herausforderungen, ja sogar Schwierigkeiten gestellt wurden. Jedoch ist nicht abzuschätzen, was passiert wäre, wenn der Freistaat nicht so gehandelt hätte. Das muss auch gesagt werden.

Jetzt möchte ich auf Ihren Antrag näher eingehen: Sie fordern bereits jetzt eine Vorfestlegung, dass bei künftigen Fällen keine landesweite Aufstallungspflicht gelten soll und kein Markt- und Ausstellungsverbot erlassen wird. Dabei verkennen Sie die Fakten und stellen die Sach- und Rechtslage eindeutig falsch dar. Sie liegen hier neben der Sache. Sie tun so, als wäre es ein Automatismus, wonach immer ein bayernweites Aufstallungsgebot erlassen werden müsste. Sie tun so, als wäre dieses Aufstallungsgebot in den Jahren 2016/2017 völlig ohne Not erlassen worden. Das war eben nicht der Fall.

In den Jahren 2016/2017 konnte man eben nicht mehr nur von einem regionalen Geschehen sprechen. Im gesamten Freistaat Bayern gab es hohe Fallzahlen. Diese Situation kann nicht mit der Situation in Baden-Württemberg verglichen werden. Dort hat es lediglich einzelne Ausbrüche vor allem in der Bodenseeregion gegeben. In Bayern mussten wir mit einem äußerst schwerwiegenden Geschehen zurechtkommen. Dies unterscheidet die Geschehnisse von 2016/2017 auch von denen der Jahre 2006, 2007 und 2015. 2015 gab es lediglich einen einzigen Fall.

Für uns ist entscheidend, dass stets der Lage angepasst und risikoorientiert gehandelt wird. Damit ist das Aufstallungsgebot auch kein Faktum. Es ist nicht in Stein gemeißelt und muss nicht zwingend verhängt werden. Jedoch können wir das Aufstallungsgebot jetzt nicht für die Zukunft ausschließen. Würden wir uns jetzt schon auf irgendwelche Maßnahmen für die Zukunft festlegen, wäre dies geradezu unverantwortlich. Deswegen können wir diesem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Die Ablehnung setzt sich auch bei Ihrer zweiten Forderung fort. Sie sagen ohnehin selber, dass die Geflügelpest-Verordnung entsprechende Ausnahmen zulässt. Dies ist

auch der Punkt. Diese Verordnung stellt ein brauchbares und ausreichendes Rechtsinstrument dar und berücksichtigt insbesondere lokale und regionale Besonderheiten. Sie lässt eben auch Ausnahmen von der Stallpflicht und der Tötungsanordnung zu. Beim Fehlen zwingender Gründe muss sie nicht flächendeckend angeordnet werden, sondern eben nur in den Hotspots und in den Schwerpunktbereichen, in denen die Geflügelpest auftritt. Wir, die CSU-Fraktion, sind klar der Meinung, dass eine bayernweite Anordnung nur vorgenommen werden soll, wenn dies unbedingt erforderlich ist. Auch bei künftigen Geschehnissen sollen vertretbare Ausnahmemöglichkeiten voll und ganz ausgeschöpft werden.

In Ihrer dritten Forderung erheben Sie implizit den Vorwurf, dass besser, mehr und aktueller informiert werden solle. Da liegen Sie schlichtweg falsch.

(Susann Biedefeld (SPD): Wir prüfen alles. Lesen Sie doch einmal auf der Homepage nach!)

Sie liegen hier eindeutig falsch. Sie tun den Verantwortlichen und den Bediensteten des Umweltministeriums Unrecht. Das muss auch einmal festgehalten werden. Information und Kommunikation sind der Schlüssel zur Bewältigung derartiger Krisen. Es wurde ausreichend informiert und kommuniziert. Es gibt den Koordinierungskreis Aviäre Influenza, in dem Vertreter der Behörden, der Verbände und berufsständischer Organisationen vertreten waren. Dort wurden die Informationen aktuell weitergegeben.

Eine Servicestelle beantwortet die entsprechenden Anfragen von Bürgern. Logischerweise besteht auch ein ständiger Kontakt des Ministeriums mit den Regierungen und der Regierungen mit den Landratsämtern. Das LGL war hier eingebunden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wir Abgeordnete haben bei diesem Thema umfänglich von unserem Frage- und Auskunftsrecht Gebrauch gemacht.

Mit Ihrer vierten Forderung springen Sie zu kurz. Ich halte es nicht für nötig, zusätzliche Haushaltsmittel für ein bayerisches Forschungsprojekt in Anschlag zu bringen. Über die Herkunft und die Ursachen der Vogelgrippe können wir durchaus diskutieren.

Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, dass das Friedrich-Loeffler-Institut des Bundes als nationales Referenzlabor für die Tierseuchen zuständig ist und dass die Aviäre Influenza ein weltweites Problem ist. Ein rein bayerisches Forschungsprojekt würde uns hier nicht weiterbringen. Darüber hinaus führt das LGL umfangreiche Ermittlungen und Untersuchungen durch. Ein zusätzliches bayerisches Forschungsprogramm würde hier nichts bringen. Der Sinn eines solchen Programms erschließt sich mir nicht.

Zusammenfassend kann ich sagen, dass uns dieser Antrag nicht weiterführt. Die darin enthaltenen Vorschläge sind unnötig und untauglich. Auch die darin erhobenen Vorwürfe sind im Kern unberechtigt. Daher werden wir diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Flierl. Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Mir liegt der Wunsch nach einer Intervention von Frau Kollegin Biedefeld vor.

Susann Biedefeld (SPD): Herr Kollege Flierl, Sie haben hier im Plenum genau die Argumente gebracht, die Sie bereits im federführenden Umweltausschuss am 27. April 2017 gebracht haben. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass ich das Protokoll dieser Sitzung bei der Bezirkskonferenz der Rassegeflügelzüchter in Oberfranken verlesen habe. Das kann Ihnen Herr Kollege Heike bestätigen. Herr Kollege Heike könnte Ihnen auch die Reaktionen darauf mitteilen. Sie sagen, Sie hätten keine Nachhilfe nötig. Ich sage: Die CSU-Fraktion hat in diesem Punkt ganz klar Nachhilfe nötig.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Antrag ist zielgerichtet. Sie haben behauptet, dieser Antrag sei unnötig und untauglich. Ich war auf zig Veranstaltungen und habe zig Gespräche geführt. Dieser Antrag ist mit dem Landesverband, mit den Bezirksverbänden, mit den dortigen Funktio-

nären, mit den Geflügelzüchtern und den Rassegeflügelzüchtern abgestimmt. Diese Leute haben das Fachwissen.

Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass dieser Antrag durchaus zielgerichtet ist. In diesem Antrag sind die Kritik und die Forderungen der Rassegeflügelzüchter enthalten. Sie sind nicht bereit, auch nur einen Schritt auf diese ehrenamtlich tätigen Menschen zuzugehen. Nehmen Sie das zur Kenntnis.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Was war jetzt der Inhalt?)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Flierl, bitte schön.

Alexander Flierl (CSU): Frau Kollegin Biedefeld, ich bleibe dabei: Wir haben von Ihnen keine Nachhilfe nötig. Sie spielen sich hier als die Retter der Kleintierzuchtvereine auf. In dem Ziel, diese Vereine und den Menschen die Freude an ihrem Hobby und ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit zu erhalten, sind wir uns einig. Sie verkomplizieren jedoch nicht nur die Angelegenheit, sondern sagen hier auch schlicht die Unwahrheit. Sie tun so, als würde es nur in Bayern ein zwingendes Aufstallgebot geben. Das ist nicht der Fall.

(Susann Biedefeld (SPD): Andere Bundesländer haben das auch nicht aufgelegt!)

– Hier wird risikoorientiert gehandelt. – Das Geschehen in den Jahren 2016 und 2017 war gravierend und auch bedrohlich. Gerade bei den Rassegeflügelzüchtern wollen wir uns nicht ausmalen, was geschehen wäre, wenn diese Maßnahmen nicht ergriffen worden wären. Das sage ich ganz klar. Ich bin des Öfteren in Kontakt mit Kleintierzuchtvereinen und weiß um die Schwierigkeiten und Probleme, die durch dieses Gebot aufgetreten sind. Die Folgen waren schwerwiegend und beeinträchtigend. Wir sollten deshalb jetzt die Zeit nutzen. Wir haben im Umweltausschuss über die verschiedenen Möglichkeiten diskutiert und einem Berichtsantrag zugestimmt, damit auch die Staatsregierung Möglichkeiten aufzeigt, wie wir bei künftigen Geschehen besser und zielgerichteter reagieren können.

Trotz des Aufstallgebots sollen für die Kleintierzüchter Möglichkeiten bestehen, ihre wertvollen Tierbestände zu erhalten. Das ist unser Ziel. In diesem Sinne arbeiten wir weiter. Ihr Antrag führt dagegen ins Leere und geht von völlig falschen Voraussetzungen aus.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Flierl. – Die Zeit ist um. Mir liegt auch kein weiterer Wunsch nach einer Zwischenbemerkung vor. Die persönliche Erklärung wird am Schluss der Beratung erfolgen. Wir führen zuerst die Aussprache durch, danach folgt die persönliche Erklärung des Herrn Kollegen Heike. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Kraus. Bitte schön, Herr Kraus.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns allen ist die Vogelgrippe, besser gesagt: Uns allen sind die Vogelgrippen, Mehrzahl, noch in guter Erinnerung. Wir erinnern uns an den November 2016 und aktuell an den Mai 2017. Wir haben aber leider auch in den Jahren 2005, 2006, 2014 und 2015 die Viren H5N1 oder H5N8 gehabt. Diese Vogelgrippen betrafen natürlich nicht nur die Geflügelwirtschaft, sondern meines Wissens auch 40.000 Hobbyzüchter, Kleintierzuchtvereine oder Rassegeflügelzüchter.

Wir sprechen heute über den SPD-Antrag "Vogelgrippe und die Auswirkungen auf die Rassegeflügelzüchter". Der erste Spiegelstrich dieses Antrags ist mehr als unkompliziert. Damit wird die Abkoppelung der Hobbygeflügelzucht von der kommerziellen Geflügelzucht und -haltung gefordert. Diesem Punkt kann man ohne Weiteres zustimmen. Das ist sinnvoll.

Genauso sinnvoll ist auch der zweite Spiegelstrich dieses Antrags, mit dem die Anpassung der Geflügelpest-Verordnung gefordert wird, damit die Hobbyzüchter und die Kleintierzuchtvereine auch außerhalb von Risikogebieten und Sperrbezirken die Möglichkeit haben, ihrem Hobby nachzugehen.

Mit dem dritten Spiegelstrich dieses Antrags werden mehr und aktuelle Informationen gefordert.

Wie so oft, wenn solche Forderungen abgelehnt werden, wird über die Betroffenen und nicht mit den Betroffenen geredet. Das ist in diesem Hause und in der Politik nichts Neues. In der Medizin würde ich das wie folgt bezeichnen: Wir bekämpfen die Symptome. Wir müssen aber die Ursachen bekämpfen; denn nach der Vogelgrippe ist vor der Vogelgrippe. Hoffentlich dauert es noch ganz lange, bis die nächste Grippewelle ausbricht. Irgendwann wird sie aber auftauchen.

Jetzt ist es an der Zeit, dieses Übel an der Wurzel zu packen. Mit dem vierten Spiegelstrich dieses Antrags wird deshalb gefordert, Gelder zur Finanzierung von Forschungsprojekten zur Verfügung zu stellen. Wir wissen nämlich noch immer nicht gesichert, wo die Ausbrüche herkommen. Deshalb unterstützen die FREIEN WÄHLER, wie schon im Umweltausschuss, den Antrag der SPD.

Zu guter Letzt noch ein Gedanke: Herr Flierl, Sie haben gesagt, die CSU habe keine Nachhilfe nötig. Da haben Sie recht. Die CSU hat in diesem Punkt wirklich keine Nachhilfe nötig; denn Nachhilfe ist angesagt, wenn jemand nur Schwachstellen hat und wenn das Vorrücken gefährdet ist. Ich sage hier: Bei diesem Thema hat die CSU ihr Klassenziel nicht erreicht. In der Schule würde man sagen: Sie muss sitzen bleiben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Hier brauchen wir es mit Nachhilfe überhaupt nicht mehr zu probieren. Das Geld können wir uns wirklich sparen. Nochmals: Zustimmung der FREIEN WÄHLER zu diesem überaus sinnvollen Antrag der SPD.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Kraus. – Ich gebe bekannt, dass die SPD-Fraktion zu diesem Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Gisela Sengl. Bitte schön.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nicht das Vogelgrippevirus ist für das Rassegeflügel tödlich, sondern die Aufstallpflicht. Auch wir GRÜNEN haben während dieser Zeit ziemlich viele Briefe bekommen. Ich möchte einmal aus einem Brief zitieren: Eine Rassegeflügelzucht, das heißt die Erhaltung alter Geflügelrassen, ist im Gegensatz zu den Wirtschaftsrassen nur in freier, extensiver Haltung möglich. Wir verlieren zum jetzigen Zeitpunkt viele Zuchttiere und ganze Zuchten aus Erhaltungszuchten nicht durch die Influenza, sondern vor allem durch die seit November 2016 geltende Stallpflicht.

Das sollte uns wirklich zu denken geben. Wieso werden eigentlich nur noch die Wildvögel für die Übertragung verantwortlich gemacht? Wieso werden nicht die ganzen anderen möglichen Übertragungswege wie der weltweite Handel mit Küken, der weltweite Handel mit Futter, der weltweite Handel mit Einstreu in der industriellen – Achtung, Reizwort – Massentierhaltung von Geflügel untersucht? Liegt hier vielleicht ein Interessenkonflikt vor? Wird hier die Industrie massiv vom Staat geschützt? – Das vermehrte Auftreten der Vogelgrippe und das hilflose Agieren dagegen – es wird nämlich einzig die Keulung von Tausenden von Tieren als Bekämpfung vorgeschrieben –, zeigt doch das ganze Desaster der industriellen Geflügelhaltung auf.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die einseitige Zucht auf Leistung und die Einschränkung des Genpotenzials macht das Geflügel so anfällig für den Vogelgrippevirus. Ich muss hier noch einmal zitieren, aus einem anderen Brief: Die Schere zwischen den modernen Wirtschaftsrassen und den alten Geflügelrassen hat sich nicht nur im Hinblick auf die Lege- und Fleischleistung weit geöffnet, sondern genauso weit beim Verhalten und beim Temperament der

Tiere. Ein Zuchtziel der Wirtschaftsrassen war eine Verhaltensänderung, damit die Tiere im Stall auf engem Raum gehalten werden können.

Die Rassegeflügelzüchter sind für die Erhaltung des Genpools von Geflügel immens wichtig, sie sollten deshalb staatlich unterstützt und nicht staatlich vernichtet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die immer größeren Strukturen in der Geflügelhaltung führen folglich auch zu immer größeren Schäden. Deshalb müssen wir uns jetzt um eine bessere Handhabung beziehungsweise Bekämpfung der Vogelgrippe kümmern. Wir GRÜNEN haben darum im Frühjahr dieses Jahres einen Berichtsantrag gestellt, dem alle zugestimmt haben. Leider liegt der Bericht bis jetzt aber noch nicht vor. In diesem Antrag fordern wir einen Bericht, der unter anderem auf folgende Fragen eingeht: Die Untersuchung möglicher Übertragungswege von Vogelgrippeviren, also über Einstreu, Futter, Küken und so weiter. Vor allem fordern wir auch die Untersuchung einer Regionalisierung der Stallpflicht.

Dem Antrag der SPD stimmen wir natürlich zu. Wir dürfen die vielen ehrenamtlichen Rassegeflügelzüchter nicht alleine lassen; denn sie leisten eine wertvolle Arbeit für uns alle.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Sengl. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Zu einer persönlichen Erklärung nach § 112 unserer Geschäftsordnung erteile ich nun dem Abgeordneten Heike das Wort. Herr Heike, das sollten Sie bitte von hier vorne machen. Fünf Minuten. Bitte schön, Herr Heike.

Jürgen W. Heike (CSU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kollegen! Ich bin von Frau Kollegin Biedefeld, die hier den Eindruck erweckt hat, bei der gemeinsamen Sitzung der oberfränkischen Kleintierzüchter sei Einhelligkeit gewesen, als Zeuge

benannt worden. Ich kann aber das, was hier behauptet wurde, nicht im vollen Umfang bestätigen. Tatsache ist, dass darüber diskutiert wurde. Tatsache ist auch, dass Frau Biedefeld danach, so wie ich auch, Kontakt mit dem Vorsitzenden des Verbandes hatte. Ich glaube, dass Ihre Schilderung der Situation mit Empörung und Ähnlichem so nicht zutrifft. Man hat uns zugehört, und das war für mich das Wichtigere. Eine Wahlkampfveranstaltung – das war die Kritik, die von Teilnehmern an dieser Versammlung geäußert wurde – war nicht gewünscht.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Heike. Die Frist für die namentliche Abstimmung ist noch nicht erfüllt. Da müssen wir noch warten. Deshalb gehen wir gleich weiter zu Tagesordnungspunkt 17. Die Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 16 führen wir dann später durch.

Zunächst gebe ich aber noch die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen zu den Verfassungsstreitigkeiten betreffend "Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin BayernSPD-Landtagsfraktion und den Antragsgegnerinnen", der CSU-Fraktion und der Bayerischen Staatsregierung, über die Frage, ob die angegriffenen Vorschriften des Bayerischen Integrationsgesetzes die Bayerische Verfassung verletzen, Drucksache 17/17395, bekannt: Mit Ja haben gestimmt 74, mit Nein haben gestimmt 53. Stimmenthaltungen gab es 12. Der Empfehlung des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen ist damit zugestimmt worden.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Ich gebe auch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu der Verfassungsstreitigkeit betreffend "Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag und den Antragsgegnerinnen", der CSU-Fraktion und der Bayerischen Staatsregierung, über die Frage, ob die angegriffenen Vorschriften des Bayerischen Integrationsgesetzes die Bayerische Verfassung verletzen, Drucksache 17/17397, bekannt: Mit Ja haben gestimmt 76 Kolleginnen und Kollegen, mit Nein 53. Stimmenthaltungen gab es 13. – Damit ist auch in

diesem Fall der Empfehlung des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen zugestimmt worden.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Kolleginnen und Kollegen, jetzt kommen wir zur namentlichen Abstimmung, und zwar gehe ich jetzt zurück zum Tagesordnungspunkt 16. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Vogelgrippe und die Auswirkungen auf die Rassegeflügelzüchter", Drucksache 17/16336. Die Urnen stehen bereit. Fünf Minuten. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 17.50 bis 17.55 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen, damit wir in der Tagesordnung fortfahren können. – Ich bitte, die Plätze einzunehmen, Kolleginnen und Kollegen.

Ich darf jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Vogelgrippe und die Auswirkungen auf die Rassegeflügelzüchter" auf Drucksache 17/16336 bekannt geben: Mit Ja haben 63 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 76. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 19.07.2017 zu Tagesordnungspunkt 16: Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld, Herbert Woerlein u. a. und Fraktion SPD; Vogelgruppe und die Auswirkungen auf die Rassegeflügelzüchter (Drucksache 17/16336)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Deckwerth Ilona	X		
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid			
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hölzl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver			
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth			
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	63	76	0